

AMT UNTERSPREEWALD



Gemeinde: Drahnisdorf

Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt: ☐

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Überplanmäßige Ausgaben nach § 70 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - Baumaßnahme: Ersatzneubau der Brücke über die Dahme an der Vordermühle in Krossen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Schudek - BA	01-2023	24.01.2023

A. Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung beschließt:

den überplanmäßigen Ausgaben nach § 70 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für das Produktsachkonto 54110.096100/785200, Ersatzneubau Brücke über die Dahme an der Vordermühle in Krossen, in Höhe von 115.000,00 € zuzustimmen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Mit den Beschlüssen 10-2022 und 14-2022 stimmte die Gemeinde aufgrund massiver Preiserhöhungen im Zuge der Ausschreibung der Baumaßnahme überplanmäßigen Ausgaben zu, aus denen sich mittlerweile ein Gesamtbudget der Maßnahme in Höhe von 650.000,00 € ergibt, das durch eine bewilligte Zuwendung durch den Landesbetrieb Straßenwesen in Höhe von 476.407,56 € zu 75 % refinanziert wird.

Während der Bauarbeiten wurde im Baufeld außer dem Stromkabel der SÜLL ein zweites Stromkabel der MITNETZ festgestellt, wodurch 4 von 12 Bohrpfählen nicht hergestellt werden konnten. Die Umverlegung der zweiten Leitung erfolgte über zwei private Flurstücke (sh. Beschluss-Nr. 40-22) und ist mittlerweile erfolgt.

Parallel hierzu wurde aufgrund der Bauverzögerung im Dezember 2022 beim Fördermittelgeber die Übertragung der Fördermittel in das Jahr 2023 beantragt. Desweiteren wurden die Mehrkosten für die Nachträge 01 und 02, die durch die notwendige Kabelumverlegung und die Bauzeitverzögerung entstanden sind, angezeigt.

Seit 2019 hat die Gemeinde Drahnisdorf keine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes seitens der Kommunalaufsicht des Landkreises Dahme-Spreewald erhalten. Somit befand sich die Gemeinde Drahnisdorf jeweils gem. § 69 BbgKVerf in der vorläufigen Haushaltsführung. Aufgrund der Versagung des Haushaltssicherungskonzeptes ist der Runderlass des Ministeriums des Innern in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 Maßnahmen und Verfahren der Haushaltssicherung und der vorläufigen Haushaltsführung (Runderlass Nr. 1/2013 - Rderl. 1/2013) zu beachten. Entsprechend Punkt 3.2.7 ist § 24 KomHKV für Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept nicht anwendbar. Somit muss der Gesamtbetrag in den Haushaltsplan 2023 der Gemeinde Drahnisdorf neu aufgenommen werden.

Nach § 70 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sind überplanmäßige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die im folgenden Jahr fortgesetzt werden, auch dann zulässig, wenn ihre Deckung erst im folgenden Jahr

C. Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage
oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiterin/ Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Gemeindevertretung
--------------------------	--------------	---